

Deutschland: Motor einer europäischen Konjunktur?	1
Soziale Dimension für die Wirtschafts- und Währungsunion	4
Kampagne Finanztransaktionssteuer	7
Rückblick und Ausblick EBI	8
Neues EU-Mitglied: Kroatien	11
Finanzierung der EU-Wirtschaft	13
Finanzmarktregulierung	17
Undokumentierte ArbeitnehmerInnen	20
Eurobills und Schuldentilgungsfonds	24
Buchbesprechung	26

## Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Jüngst hat die Kommission ihre Vorschläge für eine soziale Dimension für WWU vorgelegt. Wie M. Konecny analysiert, wird weiterhin der Plan verfolgt, mit mehr Wettbewerbsfähigkeit aus der sozialen Krise zu kommen.

Wenig versprechend ist auch das Grünbuch zur langfristigen Finanzierung der EU-Wirtschaft, welches sich lediglich auf die Angebotsseite fokussiert und vom Gedanken geleitet ist, dass freie Kapitalmärkte optimale Ergebnisse erzielen (J. Vorbach/S. Wixforth).

Auch die präsentierten Vorschläge für Schuldentilgungsfonds und Eurobills sind wiederum an neoliberale Strukturreformen geknüpft (M. Konecny). Hintergründe auf aktuelle Kampagnen zur Finanztransaktionssteuer (V. Wedl, J. Luger), aber auch zum neuen Mitgliedsland Kroatien (E. Beer), Rückblicke und Ausblicke auf Konzessionsrichtlinie und Right-2Water-Initiative (L. Strahlhofer, A. Wagner) sowie Visionen zur Durchsetzung der Rechte undokumentiert arbeitender KollegInnen (J. Peyrl) runden die aktuelle Ausgabe ab.

Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Ihr Redaktionsteam

## EU-Wirtschaftspolitik

# Deutschland: Motor eines europäischen Konjunkturaufschwungs?

**In der Eurozone ist die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2013 zum ersten Mal seit eineinhalb Jahren wieder gestiegen.** Die Frühindikatoren lassen auch für das zweite Halbjahr 2013 eine leichte Zunahme des Bruttoinlandsproduktes erwarten. Die vorsichtige Erholung wird – besonders in Deutschland – von steigender Industrieproduktion getragen. Das hat Hoffnungen auf einen Aufschwung aus dem tiefen Konjunkturtal genährt. Doch leider besteht wenig Anlass, die Finanzkrise als überwunden zu betrachten. So lange das Banken- und Finanzsystem so labil bleibt, ist eine Rückkehr zu wirtschaftlicher Stabilität unwahrscheinlich.

Markus Marterbauer

**Massenarbeitslosigkeit in der Eurozone** ■ Noch immer liegt das reale Bruttoinlandsprodukt der Eurozone um etwa 2% unter dem Wert von 2007, den es eigentlich bei einem „normalen“ Konjunkturverlauf um mehr als 10% übersteigen hätte sollen. Wir befinden uns weiterhin in der Krise, wie nicht zuletzt die besorgniserregenden Arbeitsmarktdaten zeigen: Die Arbeitslosenquote hat sich in der Eurozone von 7% der Erwerbspersonen Anfang 2008 auf 12% nahezu verdoppelt. Die Zahl der Arbeitslosen liegt heute in der Währungsunion um acht Millionen

und in der EU um 10,5 Millionen über dem Niveau vor der Krise. Vor allem die südeuropäischen Länder befinden sich in einer Depression, deren Ende nicht absehbar ist. Selbst wenn sich die Wirtschaft in absehbarer Zeit erholen sollte, kann es ein Jahrzehnt und mehr dauern, bis die von der Finanzkrise verursachte Massenarbeitslosigkeit bewältigt ist.

**Deutschland: Arbeitslosigkeit sinkt durch Bevölkerungsrückgang** ■ Doch es gibt auch Lichtblicke: In Deutschland liegt die Wirtschaftsleistung (so wie in ➤



Österreich) bescheiden aber doch über dem Niveau von 2007 und die Arbeitslosenquote ist sogar um zwei Prozentpunkte auf 5,5% der Erwerbspersonen gesunken. Wie kommt es, dass der bis zur Finanzkrise „kranke Mann Europas“ plötzlich zumindest im Vergleich mit den anderen EU-Ländern halbwegs gesund wirkt?

Dahinter steht die eine oder andere richtige Entscheidung der Politik: Während des dramatischen Produktionseinbruchs im Herbst 2008 hat die rasche Verkürzung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit entscheidend zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beigetragen: Staatlich subventionierte Kurzarbeit, der Abbau von Plusstunden und Urlaubspöhlern hat die Kündigung von hunderttausenden Industriebeschäftigten verhindert und eines neuerlich unter Beweis gestellt: Innovative Formen der Arbeitszeitverkürzung können Beschäftigung erhalten. Der deutschen Industrie hilft zudem ihre Spezialisierung: Sie produziert primär Investitionsgüter und konnte deshalb von der raschen Überwindung der Wirtschaftskrise in Asien und anderen Schwellenregionen profitieren.

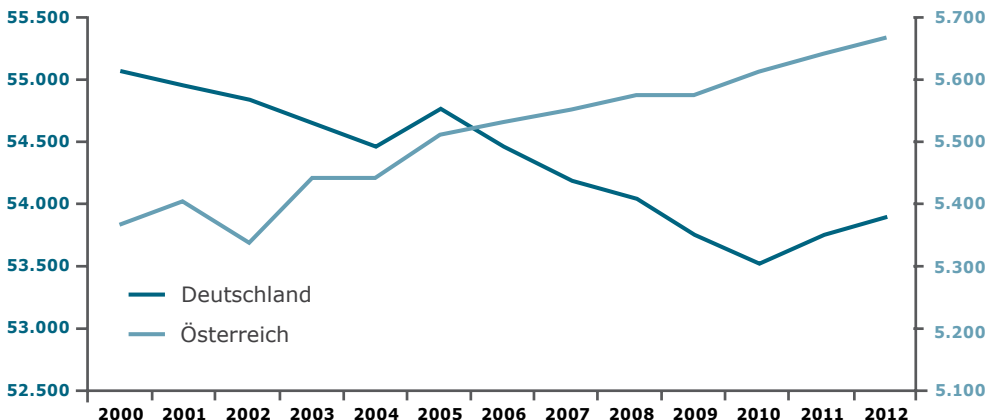
Ein wesentlicher Teil des Erfolges auf dem Arbeitsmarkt ist aber auch reines Glück: In Deutschland schrumpft die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter. Seit dem Jahr 2000 ist sie um etwa zwei Millionen zurückgegangen. Die Bevölkerungsprognosen lassen für die nächsten zehn Jahre einen weiteren Rückgang in ähnlicher Größenordnung erwarten.

**In Deutschland sinkt die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter: Deshalb geht die Arbeitslosigkeit zurück und die Löhne beginnen endlich zu steigen.**

**Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64)**

Deutschland und Österreich, 2000-2012

Quelle: Eurostat



Ein Rückgang des Arbeitskräfteangebots entlastet den Arbeitsmarkt, ermöglicht es Arbeitslosen freie wendende Jobs anzunehmen und hat positive gesamtwirtschaftliche Effekte. Arbeitskräftemangel wirkt v.a. positiv, weil er die Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen verbessert: In Deutschland ist die Zahl der Erwerbstätigen von 2007 bis 2013 kumuliert um knapp 5% gestiegen (Österreich +4%, EU 27 -2%), die Reallöhne pro Kopf sind um 3,5% gewachsen (Österreich und EU 27 +1%), die Konsumnachfrage der privaten Haushalte ist real um etwa 5% gestiegen (Österreich +5%, EU 27 -1%).

**Arbeitskräftemangel: Motor des Fortschritts**

■ Diesen Anstieg von Beschäftigung, Löhnen und Konsum hat Deutschland auch bitter nötig. Denn in den 10 Jahren vor der Krise waren die Erwerbsquoten niedrig, die Konsumnachfrage ist kaum gestiegen, die Reallöhne pro Kopf sind gesunken und Deutschland hat den zweitgrößten Niedriglohnsektor der gesamten EU aufgebaut. Viele ÖkonomInnen sehen die demografische Entwicklung als wichtigstes wirtschaftliches Problem unserer Tage an. In Wahrheit hilft Arbeitskräftemangel bei der Senkung der Arbeitslosigkeit, der Erhöhung der Erwerbsquoten benachteiligter sozi-

aler Gruppen, der gerechteren Verteilung des Volkseinkommens und gibt der Gesamtwirtschaft die dringend benötigten Impulse. Eine der wichtigsten Aufgaben fortschrittlicher Politik ist es deshalb, zu überlegen, auf welche innovative Weise das Arbeitskräfteangebot verknappet werden kann.

**Deutschland lebt unter seinen Verhältnissen**

■ Steigende Löhne in Deutschland, die eine Ausweitung der Inlandsnachfrage und der Importe nach sich ziehen, wären eines der wichtigsten Elemente der Überwindung der Eurokrise. 2013 dürfte der Saldo der Leistungsbilanz Deutschland den Rekordwert von +7% des BIP erreichen. Ein derartiges Ungleichgewicht hält die Eurozone nicht aus. Vor allem, weil es weniger die Folge raschen Exportwachstums als vor allem Ausdruck eines ausgeprägten Importdefizits ist. Höhere Importe Deutschlands würden den Krisenländer Chancen zum Export bieten und so zur wirtschaftlichen Erholung beitragen; damit würden sie helfen, die Eurozone zu stabilisieren; sie wären aber auch im unmittelbaren Interesse Deutschlands: Materieller Wohlstand entsteht nicht schon bei der Produktion von Exportgütern, sondern erst beim Verbrauch der damit erzielten Einkommen. Derart hohe Leistungsbilanzüberschüsse



»

zeigen, in welchem großem Ausmaß das Land unter seinen Verhältnissen lebt.

Welche wirtschaftspolitischen Möglichkeiten bestünden in Deutschland, den Import auszuweiten, den Überschuss in der Leistungsbilanz zu verringern? Einen vielversprechenden Ansatz bildet erstens die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften, die Löhne und Konsum nach oben drückt. Notwendig wäre zweitens eine rasche Ausweitung der Investitionen in die marode öffentliche Infrastruktur und den ökosozialen Umbau der Wirtschaft. Schließlich würde drittens eine Verstärkung der staatlichen Umverteilungsaktivitäten durch Steuern

auf hohe Einkommen, Vermögen und den Finanzsektor und den Ausbau von sozialen Dienstleistungen und Transfers zugunsten der unteren und mittleren Einkommensgruppen die Konsumneigung erhöhen.

Diese und ähnliche Maßnahmen wären in allen Überschussländern angebracht. Zu ihnen zählen neben Deutschland auch Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Österreich. Zusammen erbringen sie etwa die Hälfte der Wirtschaftsleistung der Eurozone. Der von einer Ausweitung der Inlandsnachfrage ausgehende expansive Impuls würde den materiellen Wohlstand in diesen Län-

**Der Importmangel in Deutschland gefährdet das Bestehen der Eurozone. Durch Ausweitung der Konsumnachfrage und der Investitionen könnte Deutschland seinen materiellen Wohlstand erhöhen und die Währungsunion retten.**

dern steigern. Er bildet aber auch die notwendige Voraussetzung für eine konjunkturelle Erholung und die wirtschaftliche Stabilisierung in der gesamten Eurozone.

Markus Marterbauer ■ AK Wien,  
markus.marterbauer@akwien.at

### Einladung zur Veranstaltung

## Währungsunion 2.0

# Der Eurozone eine soziale Zukunft ermöglichen

**Die Europäische Union befindet sich im fünften Jahr der Wirtschafts- und Finanzkrise, deren Ende noch nicht absehbar ist:** Die Kosten der Bankenrettung und die durch das Schrumpfen der Wirtschaft entstehenden Ausfälle an Steuereinnahmen bewirkten einen massiven weiteren Anstieg der Staatsschulden. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Arbeitslosen von 16 Millionen Ende 2007 auf mittlerweile über 26 Millionen Menschen erhöht.

Einige EU-Länder sind in schwere soziale Krisen geschlittert. Die Art und Weise, wie Europa mit der Krise umgeht, droht jahrzehntelange Errungenschaften rückgängig zu machen und den europäischen Zusammenhalt massiv zu schwächen. Was ist im EU-Krisenmanagement schief gelaufen? Wie kann sich die EU besser aufstellen und der Bevölkerung die Vorteile der europäischen Integration sichtbar machen? Was braucht es, um die Währungsunion zu vertiefen und in Europa wieder Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung zu schaffen? Wohin geht die Reise Europas? Peter Bofinger präsentiert im Vorfeld des Europäischen

Rates im Dezember seine Perspektiven für die nächsten Integrationsschritte der Europäischen Union. Mit ihm diskutieren Karl Aiginger, Markus Marterbauer sowie Gertrude Tumpel-Gugerell.

#### Programm:

**09:30 Uhr** Begrüßung

**09:45 Uhr** Key Note: *Die makroökonomische Krise des Euroraums*

**Peter Bofinger**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg, Mitglied im deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**11:15 Uhr** Podiumsdiskussion: *Wege aus der Krise*

**Freitag, 15. November 2013**  
09.30 bis 13.00 Uhr

AK Bildungszentrum, Großer Saal  
Theresianumgasse 16-18  
1040 Wien

**Wir bitten um Anmeldung:**  
brigitte.dobias@akwien.at

**Karl Aiginger**, Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo)

**Peter Bofinger**, Professor für Volkswirtschaftslehre

**Markus Marterbauer**, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, AK Wien

**Gertrude Tumpel-Gugerell**, Vorsitzende der Eurobonds-Arbeitsgruppe in der EU-Kommission

Moderation:

**Agnes Streissler-Führer**, wirtschaftspolitische Politikberatung



Eine gemeinsame Veranstaltung der  
AK Wien und der Österreichischen  
Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE)